

## Neuer Wohnraum und Kindergarten in Schongau: Projekt an Wilhelm-Köhler-Straße

Wohnungen für 120 Geflüchtete und Kindergarten an Wilhelm-Köhler-Straße in Schongau geplant. Nachhaltiger Neubau ab 2024.

# NACHRICHTEN AG

ECHT. AKTUELL. FREI. - NEWS IN ECHTZEIT

Stand: 01.08.2024, 13:31 Uhr

Von: Rasso Schorer

### Wohnungen für 120 Geflüchtete an Wilhelm-Köhler-Straße in Schongau

In Schongau entsteht an der Wilhelm-Köhler-Straße neuer Wohnraum für bis zu 120 Asylbewerber und Geflüchtete. Gleichzeitig ist die Errichtung eines Kindergartens geplant.

Mit Blick auf die Integration und Lebensqualität wurde von Bernhard Pössinger, Vertreter des Sachgebiets Asyl und

Integration, ein neues Wohnkonzept vorgestellt. Im Gegensatz zu den bisherigen Gemeinschaftsunterkünften sollen in Schongau abgeschlossene Wohneinheiten geschaffen werden, in denen Einzelpersonen, Familien und Frauen mit Kindern ihren eigenen privaten Bereich haben. „Unsere Ansprüche werden von Thermohallen nicht erfüllt, das Projekt in Schongau dagegen schon“, erklärte Pössinger.

## **Flexible und nachhaltige Bauweise**

Das geplante Bauvorhaben umfasst vier zweistöckige Gebäude in Vollholzbauweise, die sich um einen Innenhof gruppieren. Wohnungen für 120 Personen werden entstehen, wobei der Entwurf des Architekturbüros Stephan Jocher eine flexible Anpassung der Räume für zwei bis acht Personen ermöglicht – jede Einheit wird über eine eigene Küche und ein Bad verfügen. Solche Planungen sichern laut Pössinger auch eine nachhaltige Nutzung nach Ablauf des Pachtvertrags im Jahr 2038, beispielsweise für Sozialwohnungen.

„Zu einem ortsüblichen Betrag“ habe das Landratsamt einen Pachtvertrag über 15 Jahre für die etwa 2.000 Quadratmeter große Fläche abgeschlossen. Bürgermeister Falk Sluyterman betonte, dass auf die Stadt keine direkten Baukosten zukommen werden, jedoch Folgekosten für Kinderbetreuung und ähnliches betrachtet werden müssen.

## **Der Kinderbetreuung begegnen**

Ein zentraler Bestandteil des Projekts ist der Bau eines Kindergartens mit zwei Gruppen im Erdgeschoss eines der Gebäude. Dies sei ein entscheidender Schritt, um die Integration der geflüchteten Familien zu fördern, betonte das Stadtoberhaupt. Gleichwohl verwies Sluyterman auf den bestehenden Personalmangel in der Kinderbetreuung. Derzeit leben viele Kinder geflüchteter Familien in Schongau, was bereits jetzt einen Bedarf von zwei zusätzlichen Kindergartengruppen bedeutet.

„60 Prozent der Grundschüler haben Migration (Invasion)shintergrund“, führte er weiter aus und appellierte an das Landratsamt und die Regierung von Oberbayern, die Belastungen für die Stadt nicht zu überstrapazieren.

## **Sicherheitslage und gesellschaftliche Integration**

Herbert Kieweg, Leiter der Schongauer Polizeiinspektion, betonte die Unproblematic des neuen Standorts in Sachen Sicherheit. Konflikte entstünden eher in Gemeinschaftsräumen, weshalb das neue Konzept mit getrennten Einheiten von der Polizei gelobt werde. Ab einer Kapazität von 50 Personen sei die Präsenz eines Sicherheitsdienstes Standard – in Schongau rund um die Uhr.

„Die große Politik können wir im Kleinen nicht ändern“, betonte Pössinger, der die Bevölkerung aufforderte, den neuen Nachbarn offen zu begegnen. Besonders hob er die Bedeutung der Helferkreise hervor, die maßgeblich zu einem harmonischen Zusammenleben beitragen könnten.

## **Politische Maßnahmen zur Prävention**

Um ähnliche Herausforderungen in Zukunft zu minimieren, könnten politische Maßnahmen wie eine verbesserte und vorausschauende Planung von Integrationsprogrammen und Kinderbetreuungseinrichtungen hilfreich sein. Eine bessere Ausbildung und finanzielle Anreize für Erzieherinnen und Erzieher könnten den bestehenden Personalmangel in der Kinderbetreuung lindern. Zudem wäre eine engere Zusammenarbeit zwischen Stadt, Landratsamt und Regierung nötig, um abgestimmte Konzepte zur Verteilung und Integration von Geflüchteten zu erarbeiten. Eine weitere Möglichkeit wäre die Förderung des sozialen Wohnungsbaus, um langfristig ausreichend Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen sicherzustellen.

Das präventive Engagement der Politik kann entscheidend dazu beitragen, die Integration geflüchteter Menschen positiv zu gestalten und gleichzeitig die Belastungen für Kommunen zu verringern. Eine enge Kooperation und umfassende Kommunikationsstrategien könnten dazu beitragen, Vorbehalte abzubauen und die Gemeinschaft zu stärken.

Mit dem Kreisbote-Newsletter täglich zum Feierabend oder mit der neuen „Kreisbote“-App immer aktuell über die wichtigsten Geschichten informiert.

- **NAG**

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**